

Führende jüdische Philanthropen und Fürsprecher sagen, dass die Regierung Netanjahu dem Weltjudentum „dauerhaften Schaden“ zufügt

Zu den Unterzeichnern gehören bekannte Israel-Befürworter sowie Juden, die in ihren jeweiligen Ländern hohe Regierungsämter bekleidet haben. Sie fordern den Premierminister auf, sich gegen Mitglieder seiner eigenen Regierung zu stellen, deren hasserfüllte Rhetorik Juden weltweit bedroht.

[Judy Maltz](#) 7. August 2025, 17:32 Uhr IDT

Mehr als 4.000 Juden aus Diaspora-Gemeinden weltweit – darunter prominente Philanthropen und Rabbiner sowie ehemalige Minister – haben einen Brief unterzeichnet, der am Donnerstag an Premierminister Benjamin Netanjahu geschickt wurde und in dem sie warnen, dass die Politik und Rhetorik seiner Regierung Israel und dem Weltjudentum „dauerhaften Schaden“ zufügen.

Der von Juden aus 18 verschiedenen Ländern unterzeichnete Brief fordert Netanjahu auf, die Versorgung Gazas mit Lebensmitteln und humanitärer Hilfe sicherzustellen, den Krieg zu beenden, die israelischen Geiseln nach Hause zu holen und zu erklären, dass Israel [Gaza nicht neu besiedeln](#) oder „unter irgendeinem Vorwand eine Politik der Vertreibung palästinensischer Zivilisten verfolgen oder befürworten“ werde.

Außerdem wird Netanjahu aufgefordert, hart gegen [jüdische Extremisten in der Westbank vorzugehen](#). „Wenn das israelische Militär auf Ihren Befehl hin eine Rakete mit unfehlbarer Genauigkeit durch ein Fenster in Teheran schießen kann, um einen iranischen General zu töten, dann ist es sicherlich in der Lage, die Ordnung im Westjordanland aufrechtzuerhalten, jüdische Extremgewalt zu verhindern, palästinensische Zivilisten zu schützen und das Gesetz anzuwenden“, heißt es in dem Brief.

Zu den Unterzeichnern des Briefes gehören Irwin Cotler, ehemaliger kanadischer Justizminister und prominenter Verfechter Israels; Sir Malcolm Rifkind, ehemaliger britischer Außenminister unter Margaret Thatcher und John Major; Charles Bronfman, kanadisch-amerikanischer Milliardär und Mitbegründer von Taglit-Birthright, einem Programm, das jungen Juden aus der Diaspora kostenlose Reisen nach Israel ermöglicht; und Susie Gelman, ehemalige Vorsitzende des Israel Policy Forum und ehemalige Präsidentin der Jewish Federation of Greater Washington.

Weitere Unterzeichner sind Dame Vivien Duffield, Vorsitzende der Clore Duffield Foundation in Großbritannien; Sir Trevor Chinn, Präsident der britischen United Jewish Israel Appeal; Jonathan Wittenberg, Oberrabbiner des Masorti-Judentums im Vereinigten Königreich; Rabbiner Sharon Brous, einer der einflussreichsten Rabbiner Amerikas; und der beliebte britische Komiker Simon Brodtkin.

„Wir machen uns keine Illusionen über die Handlungen und Absichten der Hamas, anderer extremistischer Kräfte und der Staaten, die sie unterstützen, und wir erkennen die schmerzhaften Dilemmata an, mit denen jede israelische Regierung bei der Bewältigung dieser Bedrohungen konfrontiert ist“, schreiben sie.



Der ehemalige Premierminister Ehud Olmert mit Charles Bronfman bei einer Taglit-Birthright-Veranstaltung in Israel. Bildnachweis: Alon Ron

„Wir machen uns keine Illusionen über die Handlungen und Absichten der Hamas, anderer extremistischer Kräfte und der Staaten, die sie unterstützen, und wir erkennen die schmerzhaften Dilemmata an, mit denen jede israelische Regierung bei der Bewältigung dieser Bedrohungen konfrontiert ist“, schreiben sie.

„Wir können jedoch auch nicht die Tatsache ignorieren, dass die [Politik und Rhetorik der von Ihnen geführten Regierung](#) Israel, seinem Ansehen in der Welt und den Aussichten auf einen sicheren Frieden für alle Israelis und Palästinenser nachhaltig schaden. Dies hat schwerwiegende Folgen für Israel, aber auch für das Wohlergehen, die Sicherheit und die Einheit der jüdischen Gemeinden auf der ganzen Welt.“

Netanjahu müsse aufhören, rechtsextremen Mitgliedern seiner Regierung freie Hand zu lassen, die „eine Sprache der Aufstachelung“ verwendeten und „das Ansehen Israels als nationale Heimat des jüdischen Volkes untergraben und jüdische Gemeinden schwächen, während wir mit einer [Zunahme antisemitischer und](#) antizionistischer Hassreden konfrontiert sind“, heißt es in dem Brief.

„Sie untergraben alle unsere Bemühungen, die Verbindung künftiger Generationen von Juden zu Israel zu stärken. Und doch scheinen sie dies ungestraft tun zu können“, warnt der Brief.

Die Unterzeichner kündigen an, die jüdischen Gemeinden und Organisationen, mit denen sie verbunden sind, dazu aufzufordern, Mitglieder der israelischen Regierung, die eine Politik der Aushungerung oder Vertreibung befürworten oder sich rassistisch äußern, in ihren jeweiligen Ländern als persona non grata zu behandeln.

Der Brief wurde von der London Initiative initiiert, die im vergangenen Jahr von Sir Mick Davis, einem ehemaligen CEO der britischen Konservativen Partei, und Mike Prashker, einem britisch-israelischen Sozialaktivisten, der sich für Initiativen zur Förderung der jüdisch-arabischen Koexistenz einsetzt, gegründet wurde.